

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Alt., Weichselstraße 2 / Geschäftsstelle und Expedition: Weichselstraße 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postfachkonto Dresden Nr. 13 633, Emil Schlegel-Straße 2 / Dresden-Alt., Osterbahnpostf. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtnachrichtl.: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sperrstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gesaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Anzeigenzeile einschließlich an den dreigesaltene Textzeile 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-Alt., Osterbahnpostf. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Dresden, Freitag den 23. April 1926

Nummer 94

Deutschnationale Regierungsbretter

Ablehnung eines kommunistischen Misstrauensantrages — Deutler verteidigt Heldt — Rabau im Landtag

Eine Säule des Renegatentums

Die gestrige Landtagsitzung zeigte den sächsischen Arbeitern deutlich, wie die Verhältnisse jetzt in Sachsen liegen. Die eigentlichen Macher der Regierung sind schon die Deutschnationalen. Die kommunistische Fraktion hatte gestern, um die Sabotage der Besprechung der sozialdemokratischen Erklärung zu verhindern, einen Misstrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten Heldt eingebracht. Der Antrag wurde in der gestrigen Sitzung noch behandelt. Zu Beginn der Tagesordnung wurde eine Behauptung der Volkspartei behandelt, die sich mit angeblich aus politischen Gründen erfolgter Brandstiftungen beschäftigte. Die Regierung erklärte, daß auf diesen von der Volkspartei verbreiteten Fehrnachrichten kein Wort wahr sei. Im Gegenteil wurde festgestellt, daß die Besitzer selbst ihre Buden anfeindeten, um die Versicherungsprämien zu erhalten.

Dem folgte die Behandlung einer Menge Strafverurteilungen gegen die Kommunisten. Fast sämtliche Anträge wurden angenommen. Die drei Minister ermöglichten die Annahme durch Fernbleiben von der Abstimmung. Rabau wird als „die Säule des Renegatentums“ immer mit den Sozialdemokraten. Genosse Siemer rechnete in kräftigen Worten mit den Renegaten, der Hilfsstellung für die Klassenpolitik, ab. Während der Ausführungen des Genossen Siemer bemerkte sich der Regierungsrat Dr. Schwerter in der prosozialdemokratischen Weise, indem er seine Verhöhnung der kommunistischen Abgeordneten deutlich zum Ausdruck brachte. Als Genosse Schmidt sich entschied gegen diese Unverschämtheit wendete, brüllte die bürgerliche Rechte los. Es entstand ein fürchterlicher Tumult. Der Präsident setzte die seit Jahren nicht mehr in Bewegung gebrachte Kommunistenlupe in Tätigkeit. Nach einer Stunde Unterbrechung ging die Sitzung dann weiter.

Der kommunistische Misstrauensantrag gegen Heldt verurteilte dann Genosse Böttcher. Die Rede war eine gewöhnliche Abrechnung mit den Renegaten und ihrer antirevolutionären Politik. Für die Linken sprach Abgeordneter Edel. Seine Ausführungen waren der Versuch, nur keine konsequente Linie zu beziehen. Bezeichnend war, daß die Vertreter der Regierungspartei und auch die Minister nicht das Wort ergriffen. Statt dessen jedoch sprach der Deutschnationale Deutler. Er nahm die Regierung in Schutz, verteidigte sie gegen die Angriffe der Kommunisten. Die Deutschnationalen sind der Rechtswahl und die Stütze dieser Regierung. Die Arbeiter können danach den Wort dieser Regierung für die Arbeiter beurteilen.

Schluß mit dieser Regierung!
Weg mit den Verrätern muß die Antwort der Arbeiter sein!

Die 23 organisieren ihre Partei

Wirtschaftsminister Müller für eigene Organisation
Die rechten Sozialdemokraten hatten für gestern abend ihre Antwort in einer Sonderkonferenz in Freital eingeladen. Zutun in dieser Konferenz war nur gegen Vorlegung der von Böttcher verfassten Einladungsschreiben möglich. Im Laufe der Sitzung wurde eine strenge Kontrolle durchgeführt. Die Versammlung war von 126 Personen, darunter etwa 12-15 Frauen, besucht. Die sich im wesentlichen aus alten Sozialdemokraten zusammensetzende, unter denen sich ein großer Teil Genossenschafts- und Gewerkschaftsangehöriger befand. Böttcher, der den Vorsitz führte, leitete zunächst mit, daß er sich entschlossen habe, seinen Parteivorsitzendenposten niederzulegen. Die Versammlung ist insbesondere deswegen notwendig, weil die „Dresdener Arbeiterstimme“ bisher alle Zuschriften und Berichtigungen der 23 zurückgeschickt habe. Darauf verteidigte Wirtschaftsminister Müller in etwa unverständlichen Ausführungen die Schändlichkeit der Koalitionspolitik in Sachsen, ging auf die einzelnen, gegen die 23 erhobenen Angriffe ein und griff in außerordentlich kräftiger Weise die Linken, die er als die Gegner bezeichnete, an. Die Linken, an deren Spitze Leute ständen, die noch vor wenigen Jahren dem nationalsozialistischen Bürgerturn gestanden haben, hätten die Tradition der Partei mit Füßen getreten und seien heute nur noch ein Schwarm in den Händen der Kommunisten. Müller betonte, daß es sich nicht nur um den Ausschluß der 23 handelte, sondern es gehe hier um die Frage, ob die Tradition der Partei mit Füßen getreten werden könne. Wenn es so weiter gehe, würden die Rechte nicht davor zurückweichen, eine eigene Partei anzusetzen und den Wahlkampf selbständig zu führen. Die Rechte wollen keine Parteispaltung. Wenn es aber nicht anders werde, seien sie bereit, die letzten Konsequenzen zu ziehen und bis heute von ihnen herausgegebene Mitteilungsblätter zu einer eigenen Zeitschrift auszubauen. Müller wurde während seiner Ausführungen oft von lebhafter Zustimmung unterbrochen und der Teilnahme der Angehörigen der Rechten lebhaften Beifall. In der Diskussion sprach ein bekannter rechter Parteifunktionär Hirschbach. Beide erklärten sich mit der von den 23 erhobenen Politik einverstanden. Nach der Diskussion ergriß

zunächst Böttcher das Wort und ergänzte die Ausführungen Müllers in einzelnen Fragen und betonte, daß es durchaus möglich sei, daß das vom Parteiausschuss beschlossene Schiedsgericht ihm und seinen Freunden für die nächsten Jahre die Ausübung seiner Parteifunktion absprechen werde. Der Parteivorstand solle sich darüber klar werden, daß es verwerflich sei, den Wünschen der Gegner, d. h. der Linken, nachzugeben und damit die ganze Partei auf Spiel zu setzen. Müller betonte, daß es nicht mehr um den Ausschluß der 23 allein, sondern um grundsätzliche Fragen gehe. Man solle sich keiner Täuschung hingeben, die Spaltung der SPD, die gegenwärtig sich in Sachsen zeige, sei auch im Reich vorhanden. Das Spiel wolle sich nicht nur in Sachsen und in Baden, sondern im gesamten Reich. Der Sachlenkonflikt sei keine örtliche Angelegenheit, sondern sei ein Zeichen des Parteispaltungs der ehemals starken SPD. Aus dem ganzen Reich hätten die 23 die Unterstützung der tüchtigsten und befähigsten Parteiführer zugesichert bekommen. Aus Süddeutschland habe sich eine große Anzahl von Parteiführern zur Agitation angeboten und zur Verfügung gestellt. Dem Treiben der Linken könne man nicht länger tatenlos zusehen. Unter ihrer Herrschaft sei in Sachsen die Partei zerstückt und zerlegt worden. Müller betonte, daß in Leipzig die Organisation der SPD, einen geradezu katastrophalen Zusammenbruch erlitten habe. Unter der Führung der Linken sei die Mitgliederzahl von 60 000 auf etwa 20 000 zurückgegangen. Auch die Abonnementzahl der „Leipziger Volkszeitung“, die früher 61 000 betragen habe, sei auf etwas mehr als 20 000 heruntergegangen. Ähnlich liegen die Dinge auch in der Jugendorganisation, auf die der Parteivorstand nicht ohne Rücksicht geblieben sei. Die Leipziger Jugend, die früher die stärkste im ganzen Reich gewesen sei und fast 100 000 Mitglieder aufweisen konnte wie die gesamte Jugendorganisation im Reich, mit Ausnahme von Hamburg und Stuttgart, habe heute noch etwa 1000 Mitglieder. Ähnlich liegen die Organisationsverhältnisse im ganzen Reich. Das sei der Politik und der Herrschaft der Linken in der Organisation zu verdanken. Müller erwähnte seine Anhänger, sich nicht verblüffen zu lassen, wenn in der „Volkszeitung“ vor dem Belust der Sonderkonferenz gewarnt werde und die Teilnehmer mit dem Ausschluß bedroht werden. Es würden auch in Zukunft dergleichen Veranlassungen von Zeit zu Zeit stattfinden. Er hoffe, daß sich dann die „alten, erprobten Genossen“, auf die Seite der 23 stellen würden. Die 23 seien bereit, die letzten Konsequenzen zu ziehen, wenn nicht endlich der Parteivorstand dem Treiben ein Ende mache. Wenn es nicht anders gehe, könne man nicht davor zurückweichen, eine eigene Partei anzusetzen und ein eigenes Organ herauszugeben. Bei diesen Ausführungen erhielt Müller stürmischen Beifall der Versammlung. Böttcher erklärte, daß man auf die Annahme einer eigenen Entscheidung wie das in Dresden der Fall gewesen sei, verzichten wolle, und man werde in der nächsten Zeit die Parteigenossen über die weitere Entwicklung informieren. Die Versammlung, die 8,15 Uhr begann, endete nachts 1,30 Uhr.

Dieser Vorstoß der Rechten zeigt den Arbeitern deutlich, wozu der Weg geht. Nach gestern erklärte Edel im Landtag, es bestünde keine Spaltung. Die schwache und inkonsequente Haltung der Linken ermöglicht den Rechten ihr Vorgehen. Jetzt ist es die Einheitsfront der Arbeiter gegen die Helfer der Reaktion aufzurichten.

Die Erwerbslosenunterstützung in Gefahr!

Die Telefonen teilt mit!
Am 19. und 20. dieses Monats hat in Frankfurt a. M. eine Besprechung des Reichsarbeitsministeriums mit den Sozialministern der Länder über die schwappenden Fragen der Erwerbslosenunterstützung stattgefunden. Bei der Besprechung waren auch das Reichsfinanz-, das Reichsministerium und das Reichsernährungsministerium vertreten. Aus den Ergebnissen dieser Besprechung ist hervorzuheben, daß nach der übereinstimmenden Auffassung aller Länder die gegenwärtige Regelung der Unterstützungssätze, die keine Rücksicht auf die Lohnverhältnisse nimmt, nur noch für kurze Übergangszeit anrechterhalten werden kann. Nach der Auffassung der Länder muß so bald wie möglich ein Unterstützungssystem nach Lohnklassen eingeführt werden, wie es auch im Entwurf der Arbeitslosenversicherung vorgesehen ist. Die Länder nehmen damit also den gleichen Standpunkt ein, wie kürzlich der Arbeitsausschuss des Reichswirtschaftsrates. Die Frage wird nunmehr unverzüglich dem Reichsdiplomaten beschickt.
Die Mitteilung zeigt die Absicht der Regierungen, es geht um die Durchführung des Programms der Industriellen. Die Erwerbslosenunterstützung soll gemindert und herabgesetzt werden. Mit brutaler Rücksichtslosigkeit soll gegen die Opfer der Wirtschaftskrisen vorgegangen werden. Die gesamte Arbeiterschaft muß sich gegen den Schandplan der Reaktion wenden.
Die Erwerbslosigkeit hat keineswegs nachgelassen, sondern steigt weiter. Gerade jetzt meldet das sächsische Landesamt, daß die Arbeitslosigkeit zunimmt, in der Statistik werden weitere Entlassungen vorgenommen. Der sächsische Minister hat aber dem Abbau der Erwerbslosenfürsorge zugestimmt.
Sofort muß die Arbeiterschaft Stellung dazu nehmen. Insbesondere in den Gewerkschaften gilt es, die Frage aufzurufen. Der Arbeitsminister muß von den Gewerkschaften aufgefordert werden, seine Stellung bekanntzugeben.

Die Vorgänge des gestrigen Tages ermahnen die sächsische Arbeiterschaft zu verstärkter Wachsamkeit. Im sächsischen Landtag wurden eine Unmenge Strafverurteilungen gegen die Kommunisten und ein Misstrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten verhandelt. Unverküht und offener wie bisher stellten sich die sozialdemokratischen Minister auf die Seite der Reaktion. 24 Anträge der Klassenorgane gegen kommunistische Abgeordnete standen auf der Tagesordnung. Einer davon, eine politische Angelegenheit, eine Anklage wegen Hochverrat gegen den Genossen Renner. Gerade das Verhalten der Minister in dieser politischen Frage dokumentiert am deutlichsten, daß diese, nachdem sie innerhalb der Arbeiterschaft jede Plattform verloren haben, nunmehr alles tun, um bei den bürgerlichen Anhängern zu erhalten. Während die Sozialdemokraten angeblich den Kampf gegen die Klassenjustiz führen, unterstützen hier die sächsischen Arbeitervertreter das reaktionäre Verlangen der Klassenjustiz in allen Fällen. Besonders der Polizeipräsident Kühn, der gestern auf der Straße seine Politik gegen die Flugblattverteiler für die Erwerbslosenversammlung bekräftigte und diese Flugblattverteiler festnehmen ließ, dokumentierte durch seine Abstimmung seinen Haß gegen die Kommunisten und seine Erbitterung für die Bourgeoisie. Bei jeder Abstimmung zur Genehmigung der Strafverurteilung stand er auf Seiten der Bürgerlichen. Während selbst ein Teil der 23 noch gegen die Genehmigung der Strafverurteilung stimmte, stand dieser ehemalige rote Agitator immer auf Seiten der Klassenfeinde der Arbeiter. Genosse Böttcher kennzeichnete ihn mit einem Zwischenruf als eine Säule des Renegatentums. Derselbe Mann, der früher einmal auf dem Altmarkt der Polizei mit der roten Fahne entgegenwinkte, ist heute der reaktionärste Förderer des Unterdrückungssystems gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Für ihn gibt es nur noch eins, bei den Kapitalisten nicht in Ungnade zu fallen. Er erweist sich die Anerkennung der Kapitalisten durch Brutalität gegen die Angehörigen der Arbeiterklasse. Seit der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei führen die 23, stellt sich vor allen Dingen die Regierung auf die Deutschnationalen. Dem Drängen der Deutschnationalen stattgebend, wird ein immer reaktionärer Kurs eingeschlagen. Bis jetzt ist der Regierung noch gelungen, die Anerkennung der Deutschnationalen in allen Fällen zu finden. Deutlich zeigte sich das gestern darin, daß der deutschnationale Abgeordnete Deutler die Regierung gegen den kommunistischen Misstrauensantrag verteidigte, während die Regierungsvertreter und die Regierungsparteien zu dem Antrag überhaupt nicht Stellung nahmen. Die Deutschnationalen verteidigen die ausgeschlossenen Sozialdemokraten, sie rechnen damit, daß nach eventuell stattfindenden Landtagswahlen es den Deutschnationalen gelingen könne, mit Hilfe der Renegaten in Sachsen wieder zur Regierungsmacht zu kommen.

Während es bis jetzt der Arbeiterschaft gelungen ist, die Deutschnationalen als offene Regierungspartei auszuschließen, wollen diese nach den Wahlen als offene Regierungspartei auftreten können. Der jetzt immer stärker gefeuerte reaktionäre Kurs der Heldt-Regierung ist die Vorbereitung, Deutler aber wird die Gefahr, die das sächsische Protestariat bedroht durch die Mitteilungen und Erklärungen, die der sächsische Wirtschaftsminister als Vertreter der 23 in einer Versammlung in Freital, über die wir an anderer Stelle ausführlich berichteten, abgegeben hat. Hier hat der Wirtschaftsminister Müller offen und deutlich nicht nur die Tatsache der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei unterstrichen, sondern auch die Bildung einer eigenen Partei angekündigt. Die Renegaten werden versuchen, eine eigene Partei anzurichten, mit der sie dann einige Mandate in Sachsen erobern. Auf den Krücken dieser Partei werden dann die Deutschnationalen in die Regierung gebracht werden. Die sächsische Arbeiterschaft muß sich über die Bedeutung dieser Vorgänge vollständig klar werden. Nur die allerkonsequente und schärfste Abwehr dieser Bestrebungen, nur der unerbittliche Kampf gegen die Rechten in Betrieb und Gewerkschaft wird den Plan der Reaktion zu Schanden machen. Die Haltung der Linken, die Rede des Abgeordneten Edel zu dem Misstrauensantrag der Kommunisten gestern zeigt aber, daß die Linken nicht den Mut zu einem solch konsequenten Kampf besitzen, daß sie letzten Endes vor den Auswirkungen eines solchen Kampfes zurückweichen. Diese dauernde Unentschiedenheit, die die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei nicht lösen will, ermöglicht es den Rechten, ihre immer stärkeren Bestrebungen durchzuführen. Stand Kühn gestern im sächsischen Landtag als ein Symbol des Renegatentums, so sind diese Renegaten dabei, eine Anzahl Anhänger um sich zu scharen; mit denen sie ihren Kampf gegen die Arbeiterinteressen weiterführen. Die Arbeiterschaft darf nicht so wie die Linken Führer die Augen vor den Tatsachen verschließen, insbesondere, da schon im Reich sich Stimmen für die 23 erheben. Die Mannheimer „Volksstimme“, das Organ der

Vertical text on the left margin, including various small notices and advertisements.